

Windkraft: Ein Verhinderer will niemand sein

Am Beispiel Donau-Wald wird deutlich, wie schwierig die Energiewende in der Praxis ist

Straubing. Als Verhinderer will am Ende keiner dastehen, aber die Debatte im Landratsamt Straubing zeigt wieder einmal, dass die Energiewende in der Umsetzungspraxis ihre Tücken hat. Im Landratsamt beraten am Dienstagvormittag Vertreter des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald, wie die Windenergie in der Region genutzt und ein Planungskonzept erstellt werden kann. Fazit: Leicht wird es nicht.

Die Debatte dreht sich unter den vertretenen Landräten, Bürgermeistern, Stadt- und Kreisräten insbesondere um zwei zentrale Fragen: Wie soll, erstens, ein tragfähiges Planungskonzept hinsichtlich der Windkraftanlagen aussehen? Einheitliche Planung für die gesamte Region Donau-Wald (siehe Info) oder selbstständige Einzelkonzepte der Kommunen? Sollen, zweitens, Landschaftsschutzgebiete, zum Beispiel im Bayerischen Wald, von Windrädern ausgenommen sein?

Zumindest die zweite Frage hat die bayerische Staatsregierung in ihren Planungen schon beantwortet, wie kürzlich der Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, selbst ein Bayerwalder, beim Energiekongress vor 200 Kommunalvertretern in Teisnach klarstellte: Mit Ausnahme des Nationalparks wird kein Landschaftsschutzgebiet tabu sein, insbesondere auch nicht im Bayerischen Wald. Insofern hinkte die Debatte gestern hinter dem politischen Sachstand hinterher.

17:4 für einheitliche Planung

Was das Planungskonzept betrifft, stimmte der Planungsausschuss mit 17:4 Stimmen für ein einheitliches, für die gesamte Region Donau-Wald geltendes Planungskonzept, das indes individuelle Lösungen nicht verhindern oder a priori ausschließen soll. Lediglich die vier vertretenen Bürgermeister des Landkreises Straubing-Bogen votierten für das individuelle Kommunalkonzept.

In diesem Punkt sind sich die 37 Kommunen des Landkreises Straubing-Bogen fast geschlossen einig: Sie wollen sich die Planungshoheit nicht nehmen lassen und insbesondere ihre Bürger transparent einbeziehen. Demokratische Entscheidungsprozesse müssten sich besonders in einer so sensiblen Frage wie dem Bau von Windkraftanlagen von unten nach oben aufbauen, ist das



Die lokalen Entscheider tun sich nicht leicht, wenn es um die Umsetzung der Energiewende geht, insbesondere in Fragen der Windkraft: Vertreter der Planungsregion Donau-Wald bei der Beratung im Landratsamt Straubing. (Foto: stu)

Argument der Straubing-Bogener Bürgermeister.

Der Planungsbeauftragte der Regierung von Niederbayern für die Region Donau-Wald hatte in seinem Sachvortrag erneut deutlich herausgestellt, dass es im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit – Raumverträglichkeit – Akzeptanz genügend Interessenkollisionen geben werde. Sprich: Wo der Wind stark genug bläst, verhindern womöglich ökologische Kriterien den Bau von Windkraftanlagen, und wo beides erfüllt ist, blockieren unter Umständen die Besiedelung und Anwohnerbelange ihre Installation und so weiter. Ein Kreislauf der sich blockierenden Interessen kann sich ergeben.

Nur wenige Gebiete bleiben

Unterm Strich ergibt sich folgendes Fazit: Werden Folien über die Landschaft gelegt, welche die ein-

zelnen Interessensgebiete markieren, bleiben gar nicht mehr so viele Räume übrig für Windkraftanlagen. Wenn die Landschaftsschutzgebiete ebenfalls subtrahiert würden, bliebe fast gar nichts. Besiedelung und bauliche Infrastruktur, zu schwache Windbewegung in niedrigeren oder geschützten Lagen oder unter Artenschutz stehende Fauna und Flora verhindern fast immer den Bau von Windrädern. Hinzu kommen zum Beispiel hochempfindliche Anlagen wie die Erdbebenmesswarte im Kreis Freyung-Grafenau, in deren kilometerweitem Umkreis keine Großanlage gebaut werden darf.

Neben der Vereinheitlichung der Planungskriterien und der Vermeidung von Nachbarschaftsstreit über Gemeinde- oder Landkreisgrenzen hinweg hat die kollektive Regionalplanung einen weiteren großen Vorteil: Sie kostet die Kommunen nichts, während die Gemeinden im Falle der individuellen Kommunal-

planung zu zahlen haben. Und dann wäre immer noch ungewiss, ob die Gemeinden ihre Planungskonzepte auch durchbringen würden. Denn die bayerische Staatsregierung hat für die Energiewende höchst ambitionierte Ziele ausgegeben. Und die sind nur erreichbar, wenn gemeinsam angepackt wird und nicht individuelle Belange und Interessen das Verfahren dominieren. -stu-

Info

Der Regierungsbezirk Niederbayern ist in zwei Regionale Planungsverbände aufgeteilt. Die Region Donau-Wald umfasst die Kreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Regen, Straubing-Bogen und die kreisfreien Städte Passau und Straubing. Zur Planungsregion Landshut gehören die Kreise Dingolfing-Landau, Landshut, Rottal-Inn, Teile des Landkreises Kelheim sowie die Stadt Landshut.

KOMMENTAR

Gegenwind

Dass der Teufel im Detail steckt, wird bei jeder öffentlichen Debatte zur Energiewende deutlich. Kommunalpolitiker tun sich unterm Strich nicht leicht damit. Sie aber müssen die Wende vor Ort umsetzen.

Ein Generalist wie der bayerischen Umweltminister freilich hält sich mit Details nicht auf. Der hat ja, als die Wende öffentlich verkündet wurde, gleich einmal so getan, als handle es sich um ein Kinderspiel, das er im Alleingang – notfalls mit ein paar kessen Sprüchen – lösen werde. Und Kosten, ach Gott, Kosten, was bedeuten schon Kosten für einen wie Markus Söder, zumal wenn es um die Rettung der Welt geht.

Dass manche Bürgermeister oder Kreisräte aber so außerordentlich defensiv vorgehen, überrascht dann doch auch immer wieder. So bleibt denn manche Debatte, wie jene der Vertreter des Planungsverbandes Donau-Wald gestern in Straubing, weit hinter dem zurück, was die Staatsregierung als Ziele und auch schon als Sachstand über die Minister Brunner und Zeil verkündet hat. Dass zum Beispiel Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten keineswegs tabu sind. Dass sich die Kommunen nicht verzetteln, sondern einheitliche und für alle möglichst verbindliche Planungskriterien erarbeiten sollen. Und so fort. Da gibt es einiges an Gegenwind

Wer so zögerlich herangeht, der schafft die Energiewende nicht in fünfzig Jahren, geschweige denn in zwanzig, wie sie die Staatsregierung zum Beispiel für den Bayerischen Wald ausgerufen hat.

Berufsoptimist Markus Söder freilich würde den Teufel, der im Detail steckt, weglächeln. Einfach weglächeln. Was bedeutet schon eine läppische Detailfrage, wenn die Welt gerettet werden muss.

B. Stuhlfelner